

## **EU-Grenztruppe ohne Kontrolle**

### **Redebeitrag von Matthias Monroy, Mitarbeiter der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei, für die Demonstration "Abolish Frontex" in Berlin, 18.12.2021**

Mehrmals hat die Europäische Union in den vergangenen Jahren die Rechtsgrundlagen für Frontex erneuert und ihre Kompetenzen drastisch erweitert. 2016 wurde Frontex die Beschaffung eigener Ausrüstung erlaubt, umgehend begann die Agentur mit dem Leasing eigener Flugzeuge und später auch Drohnen. Als „Luftüberwachungsdienst“ beobachten sie das zentrale Mittelmeer, die sogenannte Balkanroute und die Ägäis. Dafür gibt Frontex rund ein Drittel des für Operationen vorgesehenen Haushaltes aus.

Frontex gibt die Koordinaten der unerwünschten Grenzübertritte an Behörden aus Griechenland oder Kroatien weiter; beides Länder, die für völkerrechtswidrige Zurückweisungen von vermutlich tausenden Menschen bekannt sind.

Auch im Falle Libyens ist Frontex für derartige Pushbacks mitverantwortlich. Frontex übernimmt die Luftaufklärung für die sogenannte libysche Küstenwache und übermittelt Informationen zu Booten mit Geflüchteten im Mittelmeer. Libysche Milizen holen die Menschen dann nach Nordafrika zurück.

Selbst dürfen die EU-Mitgliedstaaten aus Seenot gerettete Geflüchtete nicht in Folterstaaten wie Libyen zurückbringen. Mit ihrer Luftüberwachung öffnet Frontex also eine Hintertür der Europäischen Union. Seenotrettungsorganisationen und Völkerrechtler:innen nennen dies zu recht „Pushbacks durch Stellvertreter“ oder auch Pullbacks.

Diese Hintertür-Politik ist bezeichnend für Frontex. Es ist schwer, die Grenzagentur selbst für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen. Frontex hilft aber bei der Koordinierung von Verbrechen mit, indem etwa gerettete Geflüchtete an die Küstenwache Griechenlands übergeben werden. Frontex schweigt, wenn die Menschen anschließend auf Rettungsinseln ausgesetzt oder wie in Kroatien brutal über eine EU-Landaußengrenze zurück geprügelt werden. Den Gaststaaten ihrer Missionen gibt Frontex dadurch auch politische Rückendeckung.

Brachial durch die Vordertür kommt Frontex indes bei Abschiebungen von Geflüchteten. Die Grenzagentur erhält hierzu ein eigenes Abschiebungszentrum, das Sammelflüge selbst initiieren kann, die Dienste werden vor allem von Deutschland in Anspruch genommen. Im Flugzeug werden die Betroffenen durch sogenannte Rückführungsteams von Frontex bewacht.

Vor zwei Jahren erhielt Frontex die Erlaubnis zum Aufbau einer „Ständigen Reserve“ von 10.000 Beamt:innen, über deren Verwendung der Direktor Fabrice Leggeri selbst entscheiden kann. 3.000 Einsatzkräfte dieser neuen Grenztruppe gehören zur „Kategorie 1“. Sie tragen einheitliche EU-Uniformen und Schusswaffen. Damit verfügt die EU erstmals über eine bewaffnete Polizeieinheit, die zusätzlich mit Gummi- und Teleskopschlagstöcken, Handschellen und Reizstoffen ausgerüstet ist.

Ebenfalls seit 2019 operiert Frontex auch außerhalb der Europäischen Union. Vorverlagerte Einsätze von EU-Grenztruppen erfolgen in Albanien, Montenegro und Serbien. Alle aus der EU in den Drittstaaten eingesetzten Beamt:innen genießen dort Immunität für Handlungen in Ausübung ihres Amtes.

Laut ihrer Verordnung ist die Agentur „in operativen und technischen Fragen unabhängig und rechtlich, administrativ und finanziell autonom“. Dadurch ergibt sich ein äußerst

besorgniserregendes Kontrolldefizit. Es existiert kein übergeordnetes Gremium, das dem Direktor Leggeri Anweisungen erteilen darf.

Es wundert deshalb nicht, dass das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung wegen Mobbingvorwürfen und möglichem Betrug gegen den Frontex-Chef ermittelt und dessen Büro sogar durchsuchte.

Wegen Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Pushbacks aus Griechenland haben Anwält:innen dieses Jahr zwei Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof angestrengt. Ein Frontex-Sprecher diffamierte dies als „Aktivisten-Agenda, die sich als juristischer Fall ausgibt“. Die Klage habe das Ziel, die Entschlossenheit der EU zum Schutz ihrer Grenzen zu untergraben.

Ja, das ist es weshalb wir auch heute hier stehen: Wir untertunneln die Festung Europa und kämpfen gegen das mörderische europäische Migrationsregime an dessen Tatorten, auf der Straße und vor Gericht.

Und dieser Kampf ist weiter notwendig, denn Frontex verselbständigt sich zusehends. Das Budget für die kommenden sieben Jahre erhöht sich auf fast sechs Milliarden Euro, davon mehr als die Hälfte für die neue Grenztruppe. Frontex errichtet ein neues Hauptquartier in Warschau, das Gebäude soll einen dreistelligen Millionenbetrag kosten.

In der Schweiz hat ein Netzwerk aus Solidaritätsgruppen ein Referendum gegen die Finanzierung und personelle Unterstützung von Frontex gestartet. Die Initiative ist von großer Bedeutung und sollte Nachahmer auch in anderen Ländern finden. Ich beende den Redebeitrag deshalb mit zwei Forderungen der Kampagne aus der Schweiz:

Stopp der Kriminalisierung von Migration nach Europa und der damit verbundenen Militarisierung der Grenzen!

Abschaffung von Frontex als Symbol der abschottenden gewaltvollen europäischen Migrationspolitik!